

**Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und
Finanzausschusses****Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen
für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 sowie Finanzplanung 2023 bis
2027**

- I. Ablauf der Beratungen und Berichte der mitberatenden Ausschüsse und Deputationen
1. Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss durch die Bürgerschaft (Landtag)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Mitteilung des Senats vom 2. April 2024, Drucksache 21/360) in ihrer 11. Sitzung am 17./18. April 2024 in erster Lesung beschlossen und diese sowie die der Mitteilung des Senats beigefügten Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss federführend überwiesen. Darüber hinaus hat die Bürgerschaft (Landtag) dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss den Finanzplan 2023 bis 2027 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat der Bürgerschaft (Landtag) nach Abschluss seiner Beratungen am 18. Juni 2024 den Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses übermittelt, Drucksache 21/634.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 13. Sitzung am 19./20. Juni 2024 die von den Fraktionen zu den Haushaltsgesetzen und

Haushaltsplänen 2024 und 2025 eingereichten Änderungsanträge mit dem in dem Beschlussprotokoll niedergelegten Ergebnis beschlossen (vergleiche auch Anlage zu Drucksache 21/634), sodann die zweite Lesung unterbrochen und das Haushaltsgesetz 2025, den Produktgruppenhaushalt 2025, den kameraleen Haushaltsplan 2025 einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, den produktgruppenorientierten Stellenplan 2025 und den kameraleen Stellenplan 2025 an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung und Berichterstattung (zurück-) überwiesen.

Am 19. November 2024 hat der Senat der Bürgerschaft (Landtag) die Ergänzung zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2025 einschließlich des aktualisierten Finanzrahmens 2023 bis 2027 mit der Bitte um Einbeziehung für das Haushaltsjahr 2025 gegenüber den mit Mitteilung vom 2. April 2024 (Drucksache 21/860) vorgelegten Unterlagen überreicht.

2. Beratungsverfahren im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 5. Dezember 2024 die Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 in gemeinsamer Sitzung mit dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss wiederaufgenommen. Im Rahmen der Beratungen hat der Ausschuss die Haushaltsgesetze und Haushaltspläne für das Jahr 2025 in der Fassung der Ergänzungen vom 19. November 2024 zugrunde gelegt.

Den aktualisierten Finanzplan für den Zeitraum 2023 bis 2027 hat der Ausschuss beraten und zur Kenntnis genommen. Von einer detaillierten Berichterstattung hat der Ausschuss abgesehen.

3. Berichte der mitberatenden Ausschüsse und Deputationen

Die Ausschüsse und Deputationen sind erneut gebeten worden, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, soweit die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Produktpläne von den Ergänzungen betroffen waren.

Der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie die staatliche Deputation für Kinder und Bildung, die staatliche Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz, die staatliche Deputation für Inneres, die

staatliche Deputation für Kultur, die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration, die staatliche Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft, die staatliche Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung, die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen und die staatliche Deputation für Arbeit haben zu den sie betreffenden Ergänzungen in den Produktplänen sowie zu den entsprechenden Einzel- und Stellenplänen Stellung genommen und über diese abgestimmt.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat die Stellungnahmen und Beschlüsse zur Kenntnis genommen und in seine Beratungen einbezogen.

Zu den Einzelheiten der Berichte sowie Abstimmungsergebnisse in den Ausschüssen und Deputationen wird auf die entsprechenden Anlagen zu der gemeinsamen Sitzung der Haushalts- und Finanzausschüsse am 5. Dezember 2024 verwiesen.

II. Beratung der Produktpläne, des Haushaltsplans sowie des Haushaltsgesetzes

1. Ergänzung des Entwurfs des Haushaltsplans (Produktgruppenhaushalte und kamerale Haushalte) einschließlich der kameralen und produktbezogenen Stellenplänen

Den jeweiligen Produktplan hat der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss jeweils gemeinsam mit den dazugehörigen kameralen Haushaltsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameralen Stellenplänen beraten und beschlossen.

Dem Produktplan 01 hat der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Dem Produktplan 02 hat der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, Bündnis Deutschland und der FDP zugestimmt.

Den Produktplänen 03, 04, 05, 06, 07, 08, 11, 12, 21, 22, 24, 31, 41, 51, 61, 68, 71, 81, 91, 92, 93, 96 und 97 hat der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der

Fraktionen der CDU, Bündnis Deutschland und FDP zugestimmt.

2. Haushaltsgesetz

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat dem Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2025 - in der Fassung der Ergänzungen zu dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2025 sowie in der Fassung der bereits von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossenen Änderungsanträge - jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, Bündnis Deutschland und FDP zugestimmt.

III. Beschlussfassung:

1. Finanzplan 2023 bis 2027

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), den aktualisierten Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027 zur Kenntnis zu nehmen.

2. Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2025

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2025 (Drucksache 21/360) in Fassung der Ergänzungen zu dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2025 (Drucksache 21/858) sowie in der Fassung der bereits von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossenen Änderungsanträge zu beschließen.

Jens Eckhoff
Vorsitzender